

In der Senatssitzung am 10. Mai 2022 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

05.05.2022

Frage L 6

Vorlage für die Sitzung des Senats am 10.05.2022

„Vorbeugung von Menschenhandel und Übergriffen auf ukrainische Frauen und Mädchen“

(Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat die folgende Anfrage in der Fragestunde zum Thema „Vorbeugung von Menschenhandel und Übergriffen auf ukrainische Frauen und Mädchen“ gestellt:

1. Inwiefern sind auch in Bremen Übergriffe oder kriminell motivierte Wohnungsangebote von einzelnen Männern gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine bekannt geworden?
2. Inwieweit sind in Bremen Seitens des Senats und seiner nachgeordneten Behörden Vorkehrungen getroffen worden, um Übergriffe auf geflüchtete Frauen und Mädchen zu verhindern?
3. Inwiefern gehören Warnungen und Aufklärung vor möglichen Übergriffen zu den getroffenen Maßnahmen und welche Hinweise auf Hilfsmöglichkeiten werden rund um die Sammelunterkünfte oder im Bereich des Bremer Hauptbahnhofs – auch in ukrainischer Sprache - erteilt?

B. Lösung

Auf die vorgenannten Anfragen werden dem Senat folgende Antworten vorgeschlagen:

Zu Frage 1

Zum aktuellen Zeitpunkt liegen keine Erkenntnisse zu Übergriffen oder kriminell motivierten Wohnungsangeboten vor. Die Polizei Bremen überprüfte mögliche regionale Bezüge zu polizeilich bekannten Sexualstraftätern. Im Ergebnis wurde in einem Fall eine proaktive Gefährderansprache durchgeführt. In einem weiteren Fall kam es zu einem Fall der Beleidigung und Bedrohung durch einen beschuldigten Mitbewohner einer bereits untergekommenen Ukrainerin.

Aus den Bremer Frauenhäusern sind bislang zwei Fälle bekannt, in denen Frauen aus anderen Ländern aufgenommen wurden, die dort Übergriffe durch wohnungsgebende Männer erlitten hatten.

Zu Frage 2

Durch den Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK e.V.) wurde ein Flugblatt mit Verhaltensregeln für ukrainische Kriegsflüchtlinge veröffentlicht in englischer, deutscher und ukrainischer Sprache. Zudem werden mehrsprachige Flyer gegen Gewalt für die Zielgruppe der Frauen vom Präventionszentrum verteilt.

Auch eine Kontaktaufnahme durch Kontaktpolizist:innen zu den jeweiligen Flüchtlingsunterkünften ist erfolgt.

Es erfolgt eine tägliche polizeiliche Auswertung der festgestellten Straftaten, um Maßnahmen zur weiteren Aufklärung, Verhinderung von Straftaten sowie deren Verfolgung treffen zu können.

Im Rahmen der sehr früh online gestellten Rubrik „Häufig gestellte Fragen“ (FAQs) auf der Homepage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport werden die Geflüchteten über ihre Rechte, Hilfe- und Beratungsangebote hingewiesen. Auch auf der Webseite „Welcome to Bremen“ werden Angebote in ukrainischer Sprache explizit für Frauen und Mädchen ausgewiesen.

Zu Frage 3

Die Polizei Bremen und die Bundespolizei sind in besonderer Weise sensibilisiert für die Thematik und sprechen ggf. Personen direkt an. Die Polizei Bremen nutzt grundsätzlich jeden Einsatz und jeden Besuch in Sammelunterkünften, um mögliche Betroffene zu sensibilisieren.

Die in Antwort 2 genannten Flugblätter und Erreichbarkeiten der Hilfsorganisationen werden unterstützend eingesetzt.

Darüber hinaus sind der „Wegweiser Bremer Opferhilfesystem“ und die sogenannten Opfermerkblätter unter der Rubrik - Rat und Hilfe/Opferschutz - weiterhin für alle Nutzer:innen über die Startseite der Polizei Bremen vollumfänglich einzusehen.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Die betroffenen Personen von sexuell motivierten Übergriffen sind regelmäßig weit überwiegend weiblich.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 05.05.2022 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft Landtag zu.